Dr. Silke Lesemann (SPD):
Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Heute ist ein guter Tag für Niedersachsen,
(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)
auf den viele schon lange gewartet haben. Heute nämlich beendet Rot-Grün auch in Niedersachsen den von Schwarz-Gelb begonnenen Irrweg, und wir schaffen die Studiengebühren ab.
(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)
Darauf haben die Eltern und die Studierenden lange gewartet. Wir lösen damit eines unserer zentralen Versprechen aus dem Landtagswahlkampf ein.
Gestatten Sie mir einen kurzen Blick zurück. Nach der Einführung der Studiengebühren im Winter 2006 in Niedersachsen und in sechs weiteren Bundesländern wurde die Campusmaut nach und nach wieder beseitigt. Schnell war nämlich festzustellen, dass die Gebühren zur verstärkten Abwanderung von Studierenden in gebührenfreie Bundesländer führten.
Niedersachsen ist nun das letzte Bundesland, das Schluss macht mit den Gebühren, und das aus guten Gründen.
(Unruhe) Vizepräsident Karl-Heinz Klare:
Frau Kollegin, darf ich Sie ganz kurz unterbrechen?
Dr. Silke Lesemann (SPD): Ja.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare: Meine Damen und Herren, es ist eine latente Unruhe da, und es fällt schwer, sich auf das zu konzentrieren, was die Kollegin sagt. Es wäre, glaube ich, sehr hörenswert. Ich darf Sie bitten, jetzt konzentriert zuzuhören!
(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)
Dr. Silke Lesemann (SPD): Niedersachsen ist nämlich deutscher Meister beim Export von Studienberechtigten in andere Bundesländer. 2011 waren es 33 000 Studienberechtigte. Viele von ihnen blieben dauerhaft weg oder bleiben auch dauerhaft weg. Dabei gehört Niedersachsen mit einer Studienanfängerquote von ca. 31 % bei einem Bundesdurchschnitt von 42 % bundesweit zu den Schlusslichtern.

Meine Damen und Herren, verschiedene Studien haben gezeigt: Studiengebühren sind der Bildungschancenkiller, (Beifall bei der SPD und Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])
natürlich besonders für diejenigen, die ohnehin aus einkommensschwächeren Elternhäusern stammen. Die Hauptkritik aller Studien zur deutschen Bildungspolitik bezieht sich auf den so genannten Bildungstrichter. Sie alle kennen die Zahlen: 83 % der Akademikerkinder studieren, aber nur 23 % der Kinder aus nicht akademischen Elternhäusern. Hochschulbildung wird in Deutschland geradezu sozial vererbt. Studierende Arbeiterkinder sind trotz der Bildungsexpansion und des gewachsenen Anteils von Abiturienten weiterhin eine Seltenheit. Warum? - Familien ohne akademische Erfahrung sind von den Erfolgsaussichten eines Studiums wenig überzeugt. Das gilt sowohl hinsichtlich der Dauer als auch in Bezug auf die Renditeerwartung für das spätere Berufsleben. Dass vor diesem Hintergrund das Kostenrisiko eines Studiums gescheut wird, ist doch eigentlich nur logisch. Um das feststellen zu können, meine Damen und Herren, braucht man eigentlich nicht in Studien zu schauen, sondern muss sich nur mit den Studierenden unterhalten. Da hören Sie so einiges. Angesichts der demografischen Veränderungen und des sich immer weiter abzeichnenden Fachkräftemangels brauchen wir jede Begabung in Niedersachsen. Das ist der Schlüssel für wirtschaftliche Stärke und zugleich für die Zukunftsfähigkeit unseres Bundeslandes. Eine Gesellschaft profitiert von vielen gut

ausgebildeten Menschen. Studiengebühren widersprechen einem zukunfts-orientierten Bildungsbegriff, der Bildung als Menschenrecht begreift und niemanden - gleich, welcher Herkunft - ausschließt.
(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)
Das ist eine ganze Reihe guter Argumente dafür, Studiengebühren abzuschaffen, meine Damen und Herren. Wesentliches Anliegen des vorliegenden Gesetzentwurfs ist es, mehr jungen Menschen als bislang und vor allen Dingen unabhängig von dem Bildungsniveau ihrer Eltern und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern die Möglichkeiten für ein Hochschulstudium zu eröffnen. Lassen Sie mich einige wesentliche Aspekte dieses Gesetzentwurfs erläutern.
Zunächst die Kompensation der wegfallenden Studienbeiträge. Einige Abgeordnete aus diesem Hause versuchten in den vergangenen Monaten und natürlich gerade auch in den Zeiten der Landtagswahl immer wieder, Ängste zu schüren und Hochschulen und Studierenden einzureden, es würde zum Bankrott der Hochschulen führen, wenn man Studiengebühren abschaffen würde. Es wurde geradezu ein Teufel an die Wand gemalt. Doch das ist nicht zutreffend, denn die rotgrüne Landesregierung sorgt dafür, dass die ausfallenden Mittel zuverlässig und dynamisch zweckgebunden zur Verbesserung von Lehre und Studienbedingungen kompensiert werden.
(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)
Für diese großartige und herausragende gemeinschaftliche Leistung dieser Landesregierung gab es während der öffentlichen Anhörung sehr viel Lob. Alle Ressorts haben hierfür solidarisch Mittel erbracht, weil alle diesen Schritt für notwendig erachteten.
(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)
Denn es ist auch klar, dass die Studierenden weiterhin längere Öffnungszeiten der Bibliotheken sowie zusätzliche Tutorien und Lehrkräfte brauchen.
Ein weiterer Aspekt dieses Gesetzentwurfs: Die Langzeitstudiengebühren werden sozialverträglich ausgestaltet, die Ausnahmetatbestände erweitert, und der Zeitraum, von dem an Langzeitstudiengebühren zu zahlen sind, wird um zwei Semester erweitert.
Ein weiterer wichtiger Punkt: Für uns ist die Demokratisierung der Hochschulen keine Floskel. Das Gesetz ermöglicht mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten für Studierende bei der Verwendung der Studienqualitätsmittel. Die Studienqualitätskommission wird hälftig mit Studierenden besetzt. Das ist zugegebenermaßen ein mutiger Schritt. Hier gilt nämlich für uns der Leitspruch Willy Brandts: Mehr Demokratie wagen.
(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)
Befürchtungen, in der paritätisch besetzten Kommission könne es zu Blockaden bei der Entscheidung über die Verwendung der Mittel kommen, teilen wir nicht. Die bisherigen Erfahrungen zeigen nämlich, dass sie unbegründet sind. Die Konsequenz einer Blockade, also die Verweigerung weiterer Mittel, ist ausreichendes Druckmittel für eine Kompromisslösung und wird auch geeignet sein, zwischen den Beteiligten eine zeitnahe Mittelverwendung sicherzustellen. Demokratische Mitbestimmung und zeitnahe Verwendung sind zwei wesentliche Aspekte; denn vielfach richteten sich in der Vergangenheit das Misstrauen und die Kritik der Studierenden gegen die Tatsache, dass einige Hochschulen sich größere Teile der Gebühren auf das Konto packten und Transparenz leider nicht allen im ausreichenden Maße gegeben war.
Meine Damen, meine Herren, wir stehen für eine Politik, die soziale Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg ermöglichen. Bildungspolitik ist ein ganz zentraler Schwerpunkt dieser Landesregierung. Bildung und Wissenschaft haben für unsere Fraktionen einen zentralen Stellenwert. Das ist nämlich unser Ziel.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)
Deshalb schaffen wir Bildungshürden ab, die Chancengleichheit blockieren. Deshalb schaffen wir natürlich auch die Studiengebühren ab.
(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)
Überall dort, wo Sozialdemokraten und Grüne in den vergangenen Jahren die Regierungsverantwortung übernommen haben, wurden die von Schwarz-Gelb eingeführten Studiengebühren wieder beseitigt. Ab heute wird die letzte Studiengebühreninsel Niedersachsen ebenfalls Geschichte sein.
Vielen Dank.
(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dr. Silke Lesemann (SPD):
Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Wir lassen uns von Ihnen nicht vorschreiben, wann wir eine Evaluation machen. Das müssen Sie ganz klar wissen. Wir werden das zu einem Zeitpunkt machen, den wir für richtig halten.

(Björn Thümler [CDU]: Sie trauen sich nicht! Das ist das Problem!)

- Das hat damit nichts zu tun.
Dann noch eine Ergänzung zu den Studien, über die wir vorhin gesprochen haben: Sicherlich kennen Sie die Studie von Christina Hauschildt, Jaeger und Quast „Studienbeiträge in Niedersachsen“ von Januar 2013. Darin wird noch einmal ganz deutlich gesagt, dass im Jahre 2008 etwa 6 % der niedersächsischen Studienberechtigten angegeben haben, aufgrund der Einführung von Studienbeiträgen auf ein Studium verzichten zu wollen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Sie haben aber nicht verzichtet!)

Das Interessante ist auch, dass diese Studie sagt, dass gerade diejenigen aus bildungsfernen Schichten und auch Frauen in höherem Maße auf das Studium verzichten werden.

(Björn Thümler [CDU]: Sie haben aber nicht verzichtet!)

- Natürlich haben sie verzichtet.

(Björn Thümler [CDU]: Haben sie nicht!)

- Wir haben hier eine Studie vorliegen. Ich bitte Sie, sie zur Kenntnis zu nehmen. Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)